

## Haushaltsrede 2018 – betreffend Haushalt 2019

### ZUKUNFTSORIENTIERT & MUTIG ins neue Jahr 2019 MITEINANDER & RESPEKTVOLL - im Interesse unserer Stadt

Spannende Zeiten stehen im neuen Jahr mit dem OB Wechsel an.

- OB Eger tritt als der Mann mit Plan am 01.01.2019 aus seinem Konzern.
- Beigeordnete Seiler rückt vor als die Frau „Speyer kann mehr“ als erste weibliche Oberbürgermeisterin.
- Die Verwaltung und die Mitglieder des Stadtrats haben Bestand - zumindest vorerst.

Erstmals eine Frau als Oberbürgermeisterin (OBin). Gerade im Jubiläumsjahr „100 Frauenwahlrecht“ ein wichtiges Zeichen für die Gleichberechtigung in der Kommunalpolitik. Auch Frau kann OBin - da bin ich mir sicher.

Wir GRÜNE sind gespannt, wie die neue OBin

- ihre Verwaltung führt und im Verwaltungsalltag handelt
- wie transparent und fair sie mit den Fraktionen zusammenarbeitet
- wie sie vorhandene Beschlüsse konstruktiv ohne Zeitverzögerung umsetzt.

#### I.) Haushalt – ein paar Zahlen zur Orientierung

##### Wirtschaftliche Haushaltsführung - Verschuldung ist weiter zu minimieren

Laut Haushaltsplan 2019(HH) liegen die laufenden Aufwendungen mit 183 Mio. € höher als die laufenden Erträge mit 178 Mio. €. Ein Defizit von über 5,6 Mio. € ist zu erwarten.

- Personalaufwand: laut HH-Plan liegt er bei 57 Mio. €. Somit nimmt er mit fast 32% den Hauptanteil des Gesamthaushalts ein.
- Aufwand „Soziale Sicherung“ steht an zweiter Stelle im HH mit 54 Mio. €. Dies sind 30% des Gesamthaushalts.

Allein diese beiden Aufwendungen werden wachsen. Daraus ergibt sich ein weiteres Defizit, für das Lösungen zu finden sind. Wir erwarten, dass eine wirtschaftliche Haushaltsführung und weitere Minimierung der Verschuldung anstehen wird.

OB Eger hat in seiner Zeit die Jahresabschlüsse zeitnah vorgelegt. Damit hat er uns einen wichtigen Überblick verschafft und die Altlasten von seinem Vorgänger beseitigt. Das gebührt Respekt.

#### 1.) Der Personalaufwand – Verdoppelung in fast 20 Jahren

In den letzten 19 Jahren hat sich der Personalaufwand verdoppelt:

- von 28 Mio. € im Jahr 2000 wird er laut HH Ansatz Plan
- auf 57 Mio. € im Jahr 2019 steigen.

Mehr Personal und höhere Kosten sind grundsätzlich gerechtfertigt. Die GRÜNE FRAKTION sieht den Bedarf u. a. beim Fachpersonal in den Kitas, in der Feuerwehr, auf dem Friedhofsgelände, für städt. Grünflächen, im Sozialbereich als

humanitäre Aufgabe für Kinder und Familien, für Asylsuchende/Flüchtlinge und für Menschen in schwierigen Lebenslagen. Dabei ist dennoch festzuhalten:

- vorhandene Stellen sind effektiv(er) einzusetzen
- der Verwaltungsaufwand ist im Interesse des Personals und der Bürger\*innen zu minimieren
- mit den umliegenden Gemeinden und dem Landkreis ist die interkommunale Zusammenarbeit weiter auszubauen – auch mit Blick auf die anstehende Kommunalreform.

In Bezug auf das nun veröffentlichte Gutachten „Kommunal- und Verwaltungsreform II. Stufe“ halten wir GRÜNE fest: Ohne Einbindung der Bürger und Bürgerinnen geht nichts. Ein politischer und gesellschaftlicher Dialog mit breiter und frühzeitiger Bürgerbeteiligung ist anzustreben.

Verwaltungsaufgaben bündeln - einen Bedarf besser abdecken und dabei den Kostenaufwand reduzieren. Unabhängig davon ist eine bessere Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften (Städte und Landkreise – auch Bezirksverband) anzustreben

- um die Verwaltung zu entlasten und
- zum Nutzen aller Einwohner\*innen

Wir erwarten gute Erfolge wie zum Beispiel bei der Feuerwehr und den Schulen sowie im Sozialbereich wie aktuell beim Thema „Obhut für Kinder“ (JHA 05.12.2018) angesprochen.

Im Stellenplan sind über 30 neue Stellen enthalten. Exemplarisch gehe ich auf zwei neue Stellen ein:

**a) Gebäudereiniger\*in mit Koordinierungsfunktion in Entgeltgruppe 6  
GRÜNE FRAKTION unterstützt dies**

Die neue Stelle in der Gebäudereinigung mit Koordinierungsfunktion in der Entgeltgruppe 6 finden wir gut. Die Personaleinheiten in den unteren Lohngruppen 1 und 2 gehören gestärkt und im Alltag viel mehr wertgeschätzt.

Die Gebäudereinigung nimmt in den städt. Einrichtungen u.a. in den Schulen und Kitas eine wichtige Rolle ein. Denn saubere Toiletten in der Schule sind elementar für einen guten Schultag der Kinder.

Mit der neuen Stelle sehen wir die Chance in diesem Arbeitsbereich, eine Personalentwicklung aufzubauen und den Putzfrauen und Putzmännern ein attraktiveres Arbeitsfeld zu schaffen. Ebenfalls erwarten wir Fortbildungen zum richtigen Umgang mit Mülltrennung und sparsamen Einsatz von ökologischen Putzmitteln.

Zur Stellenverteilung des Reinigungspersonals folgt Anfang des Jahres eine GRÜNE Anfrage:

- Wieviel Reinigungspersonal ist direkt bei der Stadtverwaltung angesiedelt?
- Wieviel Reinigungsarbeiten erfolgen durch Fremdvergabe?  
Wie z. Bsp. bei der Woogbachschule und Sieglungsgrundschule (siehe Seite 31 im Stellenplan)
- Wieso, was bringt´s? Was ist zu tun?

**b) Neue Stelle einer Beamtin / eines Beamten in A 14 für Büroorganisation der OBin = GRÜNE FRAKTION hält dies besoldungsrechtlich nicht gerechtfertigt**

Zur Klarstellung: Die neue OBin hat das Recht eine zeitgemäße moderne Büroorganisation nach ihren Vorstellungen anzugehen. Bei der in der Stadtratssitzung am 29.11.2018 vorgelegten Stellenbeschreibung sind hoheitliche Aufgaben nicht zu erkennen gewesen. Eine Angestelltenstelle wäre wirtschaftlicher und zeitgemäßer.

Aktuell könnte man/frau vermuten, dass die auserkorene Person eine Beamtenstelle benötigt. Aus unserer Sicht widerspricht das einem offenen und fairen Bewerbungsverfahren.

Im Personalausschuss ist die vorgesehene neue Stelle einer Beamtin / eines Beamten in A 14 zur Büroorganisation der OBin im Personalausschuss mehrheitlich abgelehnt worden. Wenn das Thema wieder auf die Tagesordnung kommt, ist die GRÜNE FRAKTION gespannt auf die Sicht der Gleichstellungsstelle und des Personalrats.

**II.) Soziales ganzheitlich angehen  
Sozialpolitik als Herzstück menschlichen Zusammenlebens**

Auch der Sozialetat ist wie bereits erwähnt gestiegen. Gesellschaft, Politik und Verwaltung sind hier zusammen gefordert, bessere Rahmenbedingungen für eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu schaffen.

Immer mehr Menschen in Notlagen brauchen Unterstützung in krisenhaften Situationen. Dafür braucht es vielfältige adäquate Angebote mit individuellen Lösungswegen für die Anforderungen im Lebensalltag.

**1.) Menschenwürde**

**„ALLE MENSCHEN SIND FREI UND GLEICH AN WÜRDE UND RECHTEN GEBOREN“**

*Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948, also heute vor genau 70 Jahren, von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie umfasst 30 Artikel, in denen die Rechte und Freiheiten eines jeden Menschen festgelegt sind.*

*Sie sichert jedem Menschen weltweit gleiche Rechte und Freiheiten zu – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sozialer Anschauung, ethnischer und sozialer Herkunft. Menschenrechte sind angeboren, unveräußerlich, universell und unteilbar.*

*Zu ihrem 70. Geburtstag in diesem Jahr hat sie an Aktualität und Dringlichkeit nichts eingebüßt und wir vom Paritätischen setzen uns täglich mit Herz & Verstand für sie ein... denn Menschenrechte sind nicht verhandelbar!*

*Internet PARITÄTISCHER WOHLFHARTSVERBAND  
Weitere DPWV Informationen finden Sie hier:  
[www.mensch-du-hast-recht.de](http://www.mensch-du-hast-recht.de)*

Viele spannende Kernpunkte, bei denen es um die Menschenwürde geht.

## 2.) Soziale Anlaufstellen und Beratungsangebote

Die Stadtverwaltung hat einen anerkannten Fachbereich 4 Jugend, Familien und Senioren mit den Stabsstellen Bildung und Sport. Zusätzlich gibt es spezielle Stützpunkte von freien Trägern wie zum Beispiel die Trennungs- und Scheidungsberatung. Betroffene können enorm entlastet werden:

- Familien
- von Armut, Wohnungslosigkeit, Krankheit und Ausgrenzung bedrohten und betroffenen Menschen
- Senioren und Seniorinnen bei der Gestaltung für langes Leben
- Inklusion (besondere Herausforderung für das neue Bundesteilhabegesetz)
- Kulturelle Bildung
- Flüchtlinge und Asylsuchende mit Integrationsmaßnahmen.

All diese Menschen erhalten Hilfen zum Zurechtfinden in unserer Gesellschaft.

Um die Versorgung sicher zu stellen, gehört die Zusammenarbeit und Vernetzung mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege, Kirchen, Verbänden und bürgerschaftlich organisierten Vereinen dazu – in enger Abstimmung und Finanzierung mit den Nachbargemeinden und Landkreisen wie z. Bsp: für eine gemeinsame Nutzung des Familientreffpunkts K.E.K.S. .

Dabei ist uns GRÜNEN wichtig, dass das Subsidiaritätsprinzip wieder mehr berücksichtigt wird. Denn nur so kann die Trägervielfalt wachsen.

### **Worterklärung Subsidiarität**

*Das Wort bedeutet sinngemäß „zurücktreten“ oder „nachrangig“ sein. Der Staat tritt dann zurück, wenn diese Aufgabe auch von einer untergeordneten Organisation erfüllt werden kann.*

*(siehe online: bpb Das junge Politik-Lexikon).*

## 3.) Armut- und Reichtumsbericht

Der Armuts- und Reichtumsbericht beruht auf den Antrag der GRÜNEN FRAKTION vom Februar 2010 (Vorlagennummer: 0166/2010). Der Bericht macht gesellschaftliche Unterschiede in unserer Stadt deutlich. Wir sind alle gefordert, eine weitere Spaltung zwischen „arm“ und „reich“ aufzubrechen. Speziell Vermögende können hier ihrer sozialen Verantwortung nachkommen.

Eine Erkenntnis des Armut- und Reichtumsberichts ist, dass es ein geschlechtsspezifisches Armutsrisiko gibt. In jeder Altersgruppe haben Frauen ein höheres Armutsrisiko (Sozialausschuss vom 21.03.2018 Ulrike Stoll).

Besonders Alleinerziehende sind betroffen. Sie brauchen für sich und ihre Kinder, spezielle Angebote wie Ruheinseln und Empowerment, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Die meisten Alleinerziehenden leben in

- Speyer West mit 19,3%
- Sp-Nord mit 17,2%
- Sp-Süd mit 17%.

2011 waren unter den 2149 alleinerziehenden Personen:

- 85% Frauen
- 15% Männer

(Daten von Zensus/ Armuts- und Reichtumsbericht 21.03.2018 Sozialausschuss).

Berufliche Qualifizierung, familienfreundliche Arbeitszeiten und Betreuungsangebote können zu einer Verbesserung beitragen (Randzeiten, Frischküche/gesunde Ernährung). Dazu gehört auch ein neues gutes Kita-Zukunftsgesetz.

Hier möchte ich wie bereits im JHA anregen, fraktionsübergreifend die Stärken und Schwachpunkte des aktuellen Entwurfs an alle Landtagsfraktionen in Rheinland-Pfalz, dem Bildungsministerium (SPD) und dem Familienministerium (GRÜNE) aufzuzeigen und notwendige Verbesserungen vorzuschlagen. Denn es geht um Familienpolitik, um unsere Kinder und um das wertvolle Fachpersonal, die Erzieher\*innen.

**Wenn es um das Wohl des Kindes geht, ist nicht am falschen Ende zu sparen.**

Der Sozialpolitik als Herzstück menschlichen Zusammenlebens ist mehr Gewicht zu geben. Kommunale Sozialpolitik ist ganzheitlicher anzugehen. Bei allen anstehenden Entscheidungen wie z. Bsp. im Bau- und Planungsausschuss und im Verkehrsausschuss sind die Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer, Ältere und Behinderte intensiver zu berücksichtigen.

Der Sozialausschuss braucht mehr Sitzungen für diese Themen und für aktuelle Entwicklungen. Die Einbindung von direkt Betroffenen und Fachpersonal im Rahmen einer Bürgerbeteiligung sollte selbstverständlich sein.

#### **4.) Kultur für ALLE – „Bringt alle Menschen auf ein Parkett“**

Ein Dankeschön an den Stadtrat für die breite Zustimmung zu „Kultur für ALLE“ mit dem Kulturparkett des Mannheimer Vereins (GRÜNER ANTRAG vom 07.06.2018). Unser Ziel, Menschen unterschiedlicher Kultur - mit kleinem oder großem Geldbeutel - hier vor Ort und in der Metropolregion die vielfältige Kultur näher zu bringen, kann nun Anfang 2019 umgesetzt werden. Das ist einfach klasse!

Auch Kulturpolitik integriert Soziales und schafft neue Potenziale. In sozialen Einrichtungen wie u. a. Frauenhaus, Werkstätten, Kitas und Jugendhilfemaßnahmen sowie Einrichtungen für Ältere und Pflegebedürftige können durch neue kulturelle Angebote soziale Kontakte geknüpft und Kultur zusammen genossen werden.

### **III.) Ökologie, Klima & Erhalt von Umwelt & Natur**

Der Klimawandel zeigt, dass Klimaschutz absolute Priorität haben muss.

Gerade in diesem Jahr hat der Klimawandel seine negativen Auswirkungen deutlich gezeigt. In der Kommune ist zu handeln und Klimaschutz ernsthaft umzusetzen - ganz ohne unnötige Zeitverschwendung, selbst wenn auf der Bundesebene vieles blockiert wird.

Der Zug fährt ab ....

## **1.) Artenvielfalt erweitern – Grün- & Erholungsflächen schaffen**

Mehr Grün- und Erholungsflächen in der Innenstadt, in den Stadtteilen und am Stadtrand zur Naherholung vor Ort. Mit dem Beitritt in das „Bündnis für Biologische Vielfalt“ (GRÜNER ANTRAG vom August 2016 / Entscheidung in der Stadtratssitzung am 19.10.2017 zum Beitritt ins „Bündnis Biologische Vielfalt“) ist es allein nicht getan.

GRÜNE verstehen diesen Beitritt als eine besondere Herausforderung:

Aktiver zu werden und die Lebensqualität in allen Stadtteilen zu verbessern, die Artenvielfalt zu stärken und im städt. Grünbereich positive Beispiele für eine ökologische Gestaltung aufzuzeigen. Hier hat die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voranzugehen. Verkehrsinseln wie z. Bsp. „Am Rauschen Wasser“ und „Am Warturm“ sind „Schotter frei“ zu gestalten. Ein Wettbewerb zu „Artenvielfalt mit Staudenpflanzen“ auf städt. Flächen könnte eine tolle Signalwirkung auf den privaten Bereich geben.

## **2.) Stadtwald Speyer-West**

Unser Wald hat einen ökologischen Mehrwert. Er dient der Erholung und zur Klimaverbesserung in unserer Stadt. Der Wald darf nicht wie zuletzt beim sinnlosen Abholzen im Stadtwald Speyer-West auf eine Holzproduktion für eingeplantes Geld reduziert werden - und das obwohl der aktuelle Holzpreis enorm gesunken ist.

Schöne alte Bäume brauchen ihre Zeit und sind nicht einfach so zu kaufen.

Die Verwaltung hat beim fiskalischen Wert all die unbezahlbaren Grundleistungen des Stadtwaldes in Speyer-West sorgfältiger zu berücksichtigen, wie unter anderem den Wert des Wasserhaushalts, den Schadstofffilter der Luft und den Erholungswert.

Bäume haben enormen Mehrwert:

- mehr als den „Wert des Holzes“ in der Holzwirtschaft
- mehr als den „ökologischen Wert“ in der Biologie
- auch der Immissionsschutz gehört dazu und
- beim Kampf gegen den Klimawandel brauchen wir ältere Bäume

Wir GRÜNE erwarten, dass sich die Forstwirtschaft im Speyer Stadtwald (inklusive der Bürgerhospitalstiftung) weiterentwickelt: weg vom Wirtschaftswald hin zu mehr Biodiversität und Naturschutz. Im Februar 2019 wird es hierzu ein Fachgespräch der GRÜNEN FRAKTION geben.

## **3.) Rundweg um den Steinhäuserwühlsee für Rad und Fuß ein Versprechen des OB Herrn Schineller noch immer offen**

Bereits vor vielen Jahren ist ein Rundweg um den Steinhäuserwühlsee vorgesehen gewesen. Hierfür steht die von ehemaligen OB Schineller zugesagte Brücke noch immer aus. Die Kiesbaggerei sollte aus ökologischen Gründen komplett abgeschlossen sein und mit der Brücke endlich einen Rundweg geschaffen werden - für Menschen, die per Rad und Fuß das naturnahe Freizeitangebot vor Ort erleben wollen.

Dabei ist der Naturschutz entsprechend zu berücksichtigen.

## **IV.) Stadtentwicklung: Bauen & Wohnen – Leben & Arbeiten**

Wie in den letzten Jahren bleibt bezahlbares Wohnen in Speyer ein wichtiges Thema.

Einiges hat sich ja getan. Ein Wohnungsmarktkonzept ist erarbeitet. Eine Sozialquote steht endlich an. Neuer Wohnraum wird geschaffen wie z. Bsp. auf dem Gelände um das Priesterseminar. Bei Gebäuden ist mehr auf Dach- und Fassadenbegrünung zu setzen.

Weitere Projekte wie die Planung am Mausbergweg für junge Familien sind in der Entwicklung. Hier ist aus GRÜNER Sicht das bereits vorhandene Wohnumfeld besser einzubinden. Nur dann kann ein gutes soziales MITEINANDER funktionieren.

Wichtig ist, dass die Baugesellschaften wie GEWO, Baugenossenschaft, GESIWO „bezahlbaren“ und „bedarfsgerechten“ und „barrierefreien“ Wohnraum schaffen, eine gesunde Mischung anbieten und dabei unnötige negative Auswirkungen einer Nachverdichtung berücksichtigen.

In Speyer-Nord lebt sich gut und das soll so bleiben. Zusätzlicher GEWO Wohnraum in Sp-Nord ist so viel wie möglich auf bereits versiegelten Flächen wie über den Garagen zu planen.

Zwei für GRÜNE wichtige Projekte in der Innenstadt stehen 2019 an:

### **1.) Postplatz Umbau**

Beim Umbau Postplatz sind klimarelevante Aspekte einzubinden. Das Innenstadtklima ist zu verbessern. GRÜNE werben wie bereits im OB Wahlkampf mit der Vision „Öffnung des Speyerbachs“. Wir brauchen Bäume für´s Klima und für´s Auge sowie an den Bushaltstellen Schatten mit grüner Bepflanzung und Kühlwasser.

### **2.) Ehemaliges Gesundheitsamt - Hotel zur Pfalz:**

Am ehemaligen Gesundheitsamt bzw. „Hotel zur Pfalz“ stellen wir uns eine Belebung mit attraktiver Nutzung vor. Wir schlagen vor:

- Ein interkulturelles „Hostel“ geführt als Inklusionsbetrieb mit Gastronomie im Erdgeschoss bzw. alternativ eine Jugendbildungsstätte im gesamten Haus.

## **V.) Mobilität für ALLE - Verkehrswende in Speyer**

Im neuen Jahr ist die Mobilitätsdebatte fortzusetzen und eine Verkehrswende anzupacken. Konkrete Schritte sind zu gehen. Aus GRÜNER Sicht ist in Speyer eine zukunftsorientierte und mutige Verkehrswende dringend nötig. Das heißt, wir müssen an´s Auto ran. Insgesamt ist der motorisierte Individualverkehr (MIV) zu verringern. Im öffentlichen Raum sind mehr barrierefreie Räume einzurichten.

Unter Einbindung des Polygon-Geländes ist eine konsequente Parkraumbewirtschaftung anzugehen. Parkflächen – ja, aber nicht überall – weder auf der Wiese noch auf dem Bürgersteig. Auch Menschen brauchen attraktive öffentliche Räume:

**Aktuelles Beispiel: Normand Gelände Reithalle: Parken auf der Wiese**  
**Aus GRÜNER Sicht ein „NO-GO“. Wir fordern die Verwaltung auf, dies unverzüglich zu unterbinden.**

## 1.) Wir brauchen eine alternative Mobilität für ALLE:

- **Gute, sichere und kurze Fußwege für Jung und Alt,**  
attraktive Schulwege

- **Fahrrad hat Vorrang vor dem Auto**

Dementsprechend sind Planungen vorzunehmen und Kosten aufzunehmen.

Radwege bzw. Radspuren sind einzurichten. Ältere Radwege sind zu ertüchtigen. Das Rad ist auf die Straße zu bringen - sicher und konsequent mit Einführung von 30 km/h Geschwindigkeitsreduzierung. Auf Kreuzungen für viel Geld, die aus Sicht der Radfahrenden eine Verschlechterung darstellen, können wir verzichten. Drei konkrete Vorschläge:

- Vorschlag 1:

Der Radweg Wormser Landstraße ist auf beiden Seiten zu ertüchtigen. Die Löcher sind beim Radeln unangenehm und eine Gefahrenquelle besonders bei Regen und Eis.

- Vorschlag 2:

Eigener Rad-Etat für eine bessere Radwegegestaltung. Die Ausgaben für den Radverkehr transparent machen und bis Ende des Jahres 2019 mit den Ausgaben für den MIV vergleichen.

- Vorschlag 3:

- Laut Radverkehrskonzept die Einbahnstraßen gegenläufig für Radfahrende zu öffnen
- Die Umsetzung in Sp-Nord war für 2018 vorgesehen (siehe Vorlage 2478/2018 Bau- Planungsausschuss und sollte auch im Verkehrsausschuss sein). Bis heute hat sich nichts getan.

## 2.) Öffentlicher Nahverkehr ist attraktiv zu gestalten – mit Bus und Bahn

Bus und Bahn sind attraktiver und bezahlbarer anzupreisen, wie z. Bsp. mit einem Sozialticket für Menschen mit wenig Geld oder wie jetzt aktuell in Luxemburg, das als erstes Land in Europa den öffentlichen Nahverkehr kostenfrei anbietet.

- **Innerstädtischer Busverkehr und Schulbusse**

Der innerstädtische Busverkehr sowie das Schulbussystem sind moderner und umweltfreundlicher (Dieselproblematik, Feinstaub) anzusetzen.

- **S-Bahnhaltepunkt-Süd**

Die vorgesehene Umsetzung des S-Bahnhaltepunkts darf nicht ins Stocken geraten. Hier hat die neue OBin reichlich Verantwortung zu übernehmen und für einen ordentlichen Ablauf beim weiteren Planungsverfahren zu sorgen. Die bisher mehrfache Verschiebung eines Erörterungstermins von November 2018 auf Januar 2019 und auf das 2. Quartal 2019 von Seiten der Stadtverwaltung halten wir nicht für gerechtfertigt.

Der Erörterungstermin sollte im 1. Quartal 2019 stattfinden. Darauf haben die Gegner\*innen wie auch die Befürworter\*innen des S-Bahnhaltepunkts Süd ein Recht.

Gute sichere Fuß- und Radwege, weniger motorisierter Individualverkehr (MIV), attraktivere Busse sowie Bahnverbindungen auch an der S-Bahnhaltestelle Süd - all das gehört für uns GRÜNE FRAKTION zu einer zukunftsorientierten modernen Stadt.

Eine unvermeidliche Verkehrswende kann nachhaltig für mehr Klimaschutz und Lebensqualität sorgen. Madrid macht es vor.

Mehr Mut neue Wege zu gehen! Und Menschen aller Generationen bei der Planung einbinden:

GRÜNER Antrag aus dem Jahr 2009 zu Abbau von Barrieren „barrierefreier Übergang Maximilianstraße/Gutenbergstraße wird für die erste Sitzung im Jahr 2019 heute der neuen OBin übergeben.

## **VI.) Ehrenamtliches Engagement - Danke an ALLE**

Die Vielfalt der in unserer Stadt lebenden und arbeitenden Menschen ist für uns GRÜNE eine Bereicherung. Das gilt natürlich auch für alle Besucher\*innen in Speyer.

Es ist schön zu sehen, wie Viele sich ehrenamtlich engagieren: ADFC, Fahrrad- und Behindertenbeauftragte, Jugendstadtrat, Inspeyered, Stadt ohne Rassismus mit Courage, in Kirchen, AK Asyl, Senior\*innen und beim Sport sowie die Stadtteilvereine Speyer-West, Speyer-Süd, Netzwerk Sp-Nord und die Siedlergemeinschaft mit ihrem jährlichen Siedlerfest und, und ....

Das alles miteinander & respektvoll – im Interesse der Menschen in unserer Stadt.

## **VII.) Stadtvorstand und hauptamtliches Personal – auch hier ein Dankeschön**

An dieser Stelle möchte ich im Namen der gesamten GRÜNEN FRAKTION dem Stadtvorstand und dem gesamten Personal der Stadtverwaltung mit all ihren Töchtern danken, erholsame Weihnachtsfeiertage und einen gesunden Rutsch ins Neue Jahr wünschen.

Alles Gute von der gesamten GRÜNEN FRAKTION!

## **VIII.) Haushalt – Vorschläge und Zustimmung des HH 2019**

Auch wenn OB Eger die letzten Jahresabschlüsse hat gut aufarbeiten lassen, ist weiterhin ein Defizit im städt. Haushalt vorhanden. Auch 2019 wird es zu Einsparungen durch den KEF kommen müssen. Es braucht neue Ideen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Denn es gilt freiwillige Leistungen, die zum Teil im Grunde auch Pflichtaufgaben sein könnten, zu fördern und zu finanzieren.

### **1.) Ein GRÜNER Vorschlag zur Entschuldung: Anteile der Sparkasse verkaufen**

Das Ergebnis der Sparkassenfusion ist für Speyer wie von den GRÜNEN prognostiziert sehr ernüchternd. Der Abbau von Filialen, Stellenabbau, Fokussierung auf

Onlinebanking, Gebührenerhöhung, kein Vorstand mehr aus der Speyerer Sparkasse und die Präsenz vor Ort stark abgebaut. Das ist sicherlich für Andere inzwischen auch ärgerlich und enttäuschend.

Geködert vom nicht gehaltenen Versprechen der jährlichen Ausschüttung – (Ausschüttung gab es nur im 1. Jahr der Fusion) und genährt von Zukunftsängsten hat der Stadtrat die vom Verwaltungsgutachten vorgeschlagene Fusion mit dem Umland freiwillig vorweggenommen.

Das Ergebnis stimmt uns GRÜNE jedenfalls sehr nachdenklich. Wir machen den Vorschlag, sich von den Anteilen an der Sparkasse Vorderpfalz zu trennen. Mit den Einnahmen könnten wir massiv Schulden abbauen, Kreditzahlungen der Stadt Speyer vornehmen und mit einem Teil die freiwilligen Leistungen fördern. Dies wäre sinnvoller für die Speyerer Einwohner\*innen.

## **2.) Mehr Ausgaben im Sport und für Soziales**

Den Vorschlag von CDU und SPD eine Erhöhung von 50 000.-€ für Sport tragen wir mit. Und wir regen eine Erhöhung für Vereine im sozialen Bereich ebenfalls in Höhe von 50 000.-€ vor. Gut investiertes Geld - insbesondere in Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien, ältere und behinderte Menschen bei denen viel Geld durch ehrenamtliches Engagement eingespart wird, wie:

- Familientreffpunkt K.E.K.S
- Frauenhaus (neue Interventionsstelle durch das Land finanziert)  
Hier wäre ein weiterer Ausbau zur Mädchen- und Jungenarbeit für Kinder, die von der familiären Gewaltsituation betroffen sind, angebracht
- Kinderschutzbund mit der Spielwohnung „Nordpol“
- Arbeitsprojekt für straffällig gewordene junge Menschen „JuMA“
- IBF - Interessengemeinschaft Behinderter und ihrer Freunde.  
(Glückwunsch zur Ehrung)

All diese Themen werden wir in den Jugendhilfe- und Sozialausschuss einbringen.

## **3.) Zustimmung des Haushalts**

Wir stimmen dem Haushalt inklusiv dem Personalplan zu unter der Voraussetzung, dass

- die haushaltsrechtlichen Vorgaben
- das Gebot der Wirtschaftlichkeit
- tarifrechtliche und besoldungsrechtliche Vorschriften

eingehalten sind. Die A 14 Stelle entfällt nach dem heutigen Personalausschuss.

**Ausnahme:** Traditionsgemäß verweigern wir uns der Zustimmung zu irgendwelchen Ausgaben, die den Flugplatz - ob nun Verkehrslandeplatz oder oder ... betreffen.

Die GRÜNE FRAKTION geht zukunftsorientiert und mutig in das neue politische Jahr.